

# **SRL Arbeitskreis „Soziale Stadt / Präventive Stadtentwicklung“**

## **Protokoll der 8. Sitzung am 16. April 2005 in Kassel**

**TeilnehmerInnen:** Heidede BECKER, Günter BELL, Matthias FRINKEN, Wolfgang KUNZ, Ingrid LÜBKE, Folckert LÜKEN-ISBERNER, Marion MUBÖCK, Wolfgang OHLER, Markus REIZE, Christiane SCHLONSKI, Wolfram SCHNEIDER, Claus SPERR, Gabriele STEFFEN, Harry VALIER, Gabrielle ZEBE

Zur Einführung stellten sich alle mit ihren Aufgabenbereichen und den Themen vor, bei denen nach ihren Erfahrungen die Umsetzung des Programms Soziale Stadt eingeschränkt wird.

### **1. Qualitätsstandards bei der Programmumsetzung und erste Ergebnisse der Zwischenevaluierung auf Bundes- und Länderebene**

Heidede Becker referierte Ergebnisse und Folgerungen aus der Zwischenevaluierung des IfS (Berlin). Gegenwärtig befindet sich das Programm „Soziale Stadt“ in der Evaluierungsphase, in der insbesondere die inhaltlichen und politisch-administrativen Wirkungen des Programms überprüft werden. Zu den inhaltlichen Wirkungen (z.B. Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Programmgebieten) sind wegen der relativ kurzen Laufzeit des Bundesprogramms gegenwärtig kaum Evaluationsergebnisse verfügbar. Dagegen sind die politisch-administrativen Programmwirkungen (z.B. Ressortkooperation) sehr gut evaluiert. Speziell zu Integrierten Handlungskonzepten, als wesentlichem Programmbestandteil, liegen gute Ergebnisse vor, aus den sich Qualitätskriterien für die Programmumsetzung ableiten lassen.

Das Ziel, die weitere Abwärtsentwicklung in den benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten konnte am besten in den Programmgebieten realisiert werden, in denen

- die Einbindung aller für den Stadtteil wichtigen Akteure,
- die Einbindung der gebietsbezogenen Konzepte in ein städtisches Gesamtkonzept sowie
- die Einbindung aller Politikfelder gelungen ist.

Im Ergebnis der Evaluierung ist festzustellen, dass Akteure aus lokaler Politik und Wohnungsunternehmen sehr gut in das Programm integriert werden, jedoch verwaltungsexterne Akteure (z.B. Wirtschaftsunternehmen) bisher nur unzureichend eingebunden sind.

Darüber hinaus besteht im Programmbereich „Aktivierung und Beteiligung“ ein erheblicher Nachholbedarf an Öffentlichkeitsarbeit im und für das Programm „Soziale Stadt“, da das Programm bisher in der Bevölkerung kaum bekannt ist. Als Qualitätskriterium lässt sich ableiten, dass der Erfolg Integrierter Stadtteilentwicklung am höchsten ist, wenn

- ein leistungsfähiges Qualitätsmanagement etabliert wurde und
- Verwaltung und Politik den lokalen Akteuren Entscheidungskompetenzen einräumen.

Der Programmbereich „Evaluierung und Monitoring“ wird von den Akteuren vorrangig als Problem wahrgenommen. Das Potential als Steuerungs- und Qualitätskriterium, wird nicht oder zu wenig erkannt und genutzt (kleinteilige Raumbesichtigung). Die mit dem Programm geleistete Datenerfassung ist für die Verwaltungen von hoher Bedeutung für das Verwaltungshandeln. Der Wechsel von einer Reaktion auf Benachteiligungen hin zu einer Prävention für die Stadteile ist auch ein Ansatz für die Weiterentwicklung des Programms.

Insgesamt ist im Ergebnis der Programmevaluation festzustellen, dass die Instrumente auf Grund der verschiedenartigen Problemlagen in den Programmgebieten eine sehr unterschiedliche Bedeutung haben und sich schwer vergleichen lassen. Die instrumentell-strategischen Schlüsselinstrumente „Integrierte Handlungskonzepte“ und „Quartiersmanagement“ haben jedoch in allen Programmgebieten eine hohe Akzeptanz. Gleichwohl wird das Potential der Integrierten Handlungskonzepte als konkrete Hilfestellung für die Akteure bisher zu wenig beachtet. Als Qualitätskriterium

lässt sich ableiten, dass die Integrierten Handlungskonzepte dann am besten umgesetzt wurden, wenn sie

- prägnant und informativ formuliert sind - klare Zielformulierungen lassen sich während der Programmumsetzung dann auch einfach evaluieren.

Im Ergebnis der Evaluation werden

- die partielle Unvollständigkeit der Konzepte (z.B. bei der Begründung der Gebietsauswahl),
- qualitative Defizite (z.B. zu abstrakte Zielformulierung) und
- strategische Schwächen (z.B. fehlende Prioritätensetzung) bemängelt.

Insgesamt werden die Integrierten Handlungskonzepte bisher noch zu wenig in die Entwicklungsstrategien für die Gesamtstadt einbezogen. Grundsätzlich muss das Leitbild der Sozialen Stadt auf die Stadt als Ganzes bezogen sein und die angestrebte Einbindung in die gesamtstädtischen Entwicklungskonzepte auch tatsächlich realisiert werden.

## **Diskussion**

*Definition der Integrierten Handlungskonzepte:*

Zwischen der Auflage, für den Programmantrag ein Integriertes Konzept zu erstellen und der Prozesshaftigkeit der Konzepte besteht aus Sicht des AK ein Widerspruch.

Ergebnis: Integrierte Handlungskonzepte sind durch § 171 e BauGB abgedeckt

*Überforderung und hohe Erwartungshaltung gegenüber dem Programm*

PlanerInnen müssen klarstellen, dass mit dem Programm weder Segregation gestoppt noch Arbeitslosigkeit beseitigt werden können.

Ergebnis: „Politikergespräche“, fachliche Information der PolitikerInnen über den Programmstand, Abstimmung mit dem SRL Vorstand: verantwortlich C. Sperr

*Programmevaluation*

Bei der Evaluation sollte der Mitteleinsatz im Programm mehr Beachtung finden (wohin fließt welches Geld und ist dies noch im Sinne des Programms). Die Kommunen haben derzeit kein Interesse diese Daten offen zu legen.

*Gebietstypik und Verwaltungsreform*

Insgesamt muss bei der Programmumsetzung die Verwaltungszugehörigkeit mehr beachtet werden. Für die Gebietstypik reicht ein rein planerischer Umgang mit den Innenstadtquartieren bzw. Stadtrandlagen nicht mehr aus.

*Die Folien des Vortrags von Heidede Becker können Interessierten unter [h.becker@difu.de](mailto:h.becker@difu.de) angefordert werden.*

## **2. Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“**

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden die verschiedenen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Programms erörtert. Auf Grund der Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“ ist es aus Sicht des AK unerlässlich, dass Bund und Länder den Kommunen wesentlich mehr Zeit für ihre Erneuerungsprozesse einräumen und die Fortsetzung des Programms „Soziale Stadt“ sichern. Die etwas sprunghafte Diskussion im AK kann wie folgt zusammengefasst werden:

2.1 Es hat sich bewährt, das Programm „Soziale Stadt“ mit anderen Programmen zu kombinieren (Bündelung von Fördermitteln ist Kernstück des Programms). Gute Erfahrungen wurden in Brandenburg mit der Kombination von „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“ gemacht (ISEK / IHK), die auch auf „Stadtumbau West“ übertragbar sein können.

2.2 Im Programm „Soziale Stadt“ werden investive Maßnahmen mit nicht investiven Maßnahmen verbunden. Es wird von allen Beteiligten als wichtig eingeschätzt, dass das Instrument „Quartiersmanagement“ auch ohne Förderprogramm Kontinuität erhält.

2.3 Bei der Programmumsetzung sollten die Funktionen der Gebiete für die Gesamtstadt mehr beachtet werden. Die Erfahrungen mit „Integrierten Handlungskonzepten“ sind auf Stadtentwicklungskonzepte für die Gesamtstadt übertragbar. Diese sollten dann als Gemeinwesenaufgabe in

die Flächennutzungsplanung der Kommunen übernommen werden und damit Verbindlichkeit erhalten. Die Programmfortschreibung kann z.B. als Stadtmonitoring in die kommunalen Planungen einbezogen werden.

2.4 Mit dem Programm wurden bereits in der Praxis bewährte Kooperationen aufgebaut, die unter Einbeziehung der Landesbehörden (vgl. Länderprogramme) weiterentwickelt werden sollten (Weiterentwicklung des Programms auf der Landesplanungsebene z.B. als Ziel der Raumordnung und Landesplanung für benachteiligte Stadtteile o. ä.).

2.5 Es besteht eine Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Programms auf der Politik-ebene und der engagierten Arbeitsebene. Dazu wird die Einrichtung von „Politikergesprächen“ durch den AK angeboten (vgl. dazu auch Positionspapier „Soziale Stadt“). Gegenstand dieser Gespräche sollte auch die Verbesserung der Ressortvernetzung in der Kommunalverwaltung sein. Dabei ist zu diskutieren, wie die Politik mit der geforderten Ressortkoordinierung im Rahmen der Verwaltungsreform umgegangen ist (Ansatz zur Weiterentwicklung des Programms).

2.6 Wiederholt wurde das Thema „Segregation“ in die Diskussion eingebracht. Der AK einigte sich vor dem Hintergrund des umfangreichen Informationsbedarfs darauf, dass zur Vertiefung die nächste AK-Sitzung genutzt werden soll.

### **3. Wohnbund „Positionspapier Soziale Stadt“**

Im Ergebnis der Diskussion im AK über das Positionspapier des Wohnbundes wird die Veröffentlichung des Positionspapiers in der „PLANERIN“ nicht befürwortet. Der AK empfiehlt zu diesem Thema ein gemeinsames Gespräch mit dem Wohnbund. Die erforderliche Abstimmung mit der Redaktion übernimmt Claus Sperr.

### **4. Termine:**

- nächstes Treffen AK „Soziale Stadt / Präventive Stadtentwicklung“  
**am 29.10.2005 in Kassel**
- Schwerpunktthema „Segregation“,  
Input: Thesenpapier und Beispiele aus der Praxis (Gabriele Steffen)  
Ziel: Erarbeitung eines SRL Positionspapiers  
zur Vorbereitung wird Informationsmaterial von AK-Mitgliedern bzw. externen Interessierten per mail zur Verfügung gestellt,
- weitere Themen:
  - Bericht von Marion Mürböck und Wolfram Schneider über die Tagung „Kontinuität in der sozialen Stadterneuerung“, Gelsenkirchen vom September 2005
  - Bericht von Harry Valier über die SRL-Bayern-Tagung zur Sozialen Stadt vom 6. Oktober 2005
  - Aktualisierung unseres Positionspapiers von Anfang 2004 und weitere Nutzung
  - Beispiele der Arbeitsmarktförderung sind zu sammeln und in ihrer Wirkung zu diskutieren (dazu müsste die Bundesagentur für Arbeit angesprochen werden)

*Protokoll Gabrielle Zebe*